



Die „dringliche Überweisung“ löst die Probleme der Schmerzpatienten nicht

(Lübeck, 27. Dezember 2013)

Die geschätzt 15 Mio. Menschen mit chronischen Schmerzen in Deutschland sind massiv unterversorgt. Schmerzpatienten warten in einigen Regionen beispielsweise bis zu einem Jahr auf einen Termin beim Schmerztherapeuten.

Wenn die „dringliche Überweisung“ nach dem Vorschlag der Bundesärztekammer eingeführt werden soll, löst dies für Menschen mit chronischen Schmerzen keine Versorgungsprobleme, denn es gibt nicht genügend Ärzte mit der Zusatzbezeichnung „Spezielle Schmerztherapie“. SchmerzLOS e.V. schlägt vor, dass im Gesundheitssystem genügend Anreize geschaffen werden, damit mehr Mediziner sich zu Schmerztherapeuten ausbilden lassen. „Es muss für Ärzte finanziell attraktiver werden, Schmerzpatienten zu behandeln. Sie müssen es sich leisten können, Schmerztherapie zu betreiben“, erklärte Hartmut Wahl, der Vorsitzende von SchmerzLOS e.V. In den nächsten Jahren wird sich dieses Problem vermutlich noch verschärfen, weil etliche Mediziner dann in den Ruhestand gehen.

Der Vorschlag der Bundesärztekammer dient auch dazu, das Budget der niedergelassenen Ärzte zu schonen. Wenn Patienten, nach dem Vorschlag von Union und SPD im Koalitionsvertrag, länger als 4 Wochen auf einen Facharzttermin warten müssen, können sie sich im Krankenhaus ambulant behandeln lassen. Diese Behandlung wird dann aus dem Budget der niedergelassenen Ärzte bezahlt.

Informationen:

SchmerzLOS e. V. Lübeck,

Pressekontakt:

Heike Norda,

fon 04321 – 5 33 31

E-Mail: norda@schmerzlos-ev.de

www.schmerzlos-ev.de